

Ilja Seifert

(für 4. Behindertenpolitische Konferenz der PDS; 11./12. Oktober 2003 in Erkner)

Thema: Sozial und solidarisch. PDS-Behindertenpolitik als Multiplikator

Behindertenpolitik kommt hohe Priorität zu

Für eine sozialistische Partei darf es – eigentlich – keine "Randgruppen der Gesellschaft" geben. Dennoch ist sie gezwungen, Prioritäten zu setzen. Wo also ordnen wir Behindertenpolitik ein?

Manche sagen: weit oben, weil rund zehn Prozent der Bevölkerung direkt von Behinderung betroffen sind. Also ist sie ein wichtiges Thema. Häufig – und durchaus berechtigt – werden die Angehörigen und engen Freunde hinzugezählt, und schon kommt man auf ein gutes Viertel der Bevölkerung, das betroffen ist. Unter wahrarithmetischen Gesichtspunkten eine beachtliche Größe.

Ich meine – und das ist innerhalb der AG "Selbstbestimmte Behindertenpolitik" Konsens –, daß das nur ein Hilfsargument ist, Behindertenpolitik ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

Persönlichkeitsentfaltung und Teilhabe für alle!

Hauptgrund dafür, der Behindertenpolitik in einer sozialistischen Partei hohe Priorität einzuräumen, ist unser menschen- und bürgerrechtlicher Ansatz: Die Lebensbedingungen von Menschen. Von Menschen mit Behinderungen. In ihnen, in den Lebensbedingungen derjenigen, die es schwerer haben, ihre Persönlichkeit zu entfalten und am Gemeinschaftsleben teilzuhaben, zeigt sich die Würde der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Menschen mit Behinderungen erleben allgemeine Verbesserungen handgreiflicher, unmittelbarer als andere. Verschlechterungen hingegen treffen sie viel härter, viel existenzieller, als all diejenigen, die eher über Kompensationsmöglichkeiten verfügen. Insofern registrieren sie gesellschaftliche Veränderungen wie ein Seismograph.

Für eine sozialistische Partei ist das ein wichtiges Instrument. Wer eine sozial gerechte und solidarisch organisierte Welt will, muß sich der Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme ebenso vergewissern wie der des Gesamtsystems.

Gegenwärtig erleben wir einen Sozialstaatsabbau, der uns bis vor wenigen Jahren noch unglaublich erschien. Frauen und Männer, die auf fremde Hilfe – sei es klassische Pflege, sei es moderne Assistenz – angewiesen sind, gehören zu den ersten Opfern.

Sozialstaatsabbau wurde ideologisch vorbereitet

Vorbereitet wurde dieser massive Sozialstaatsabbau schon in der Zeit, als hier und da durchaus noch gewisse Verbesserungen erkämpft werden konnten. Ob das

technische Hilfsmittel oder barrierefreie Wohnungen, ambulante Assistenzmodelle oder selbstorganisierte Verbandsarbeit war.

Diese Vorbereitung darf getrost "ideologisch" genannt werden. Seit Jahrzehnten werden uns über die herrschenden Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit, die bekanntermaßen die Kanäle der Herrschenden sind, immer wieder neoliberale Werte vermittelt. Dabei knüpfen sie – sehr geschickt, das muß man schon sagen – an real-existierende und/oder bewußt herbeigeredete Widersprüche, Ärgernisse und Schwierigkeiten an. Sei es die überbordende Bürokratie, die jeder/jedem von uns ein Dorn im Auge ist. Sie wird benutzt, um Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Angelegenheiten zu fordern. Sei es die massenhafte Dauerarbeitslosigkeit. In ihrem Windschatten werden Niedriglöhne und andere Zwangsmaßnahmen (für "Arbeitsunwillige") hoffähig gemacht.

Uns ist klar, daß auf diese Weise die eigentlichen Ursachen dieser Widersprüche bewußt ausgeblendet werden: Profitdominanz, Monopolstreben, Macht.

Aber uns ist auch klar, daß es den neoliberalen Ideologen – aus ihrer Sicht hervorragend – gelang, diese Grundmerkmale des Kapitalismus als quasi gottgegeben, also unveränderbar darzustellen. Sie dominieren das Denken, lenken Protest auf Erscheinungsformen und zwingen auch uns, wenigstens das zu verteidigen, was in vielen Jahrzehnten – nicht zuletzt wegen der (zeitweiligen) Existenz eines sich sozialistisch verstehenden Weltsystems – mühsam erkämpft wurde. So wird unsere Kraft durchaus auch vergeudet. Aber wir leben nicht im Laboratorium. Sozialistische Politik – die für Menschen mit und ohne Behinderungen bessere Verhältnisse schaffen will – findet im Alltag statt oder es ist keine.

Bioethischer Sozialdarwinismus trifft (fast) alle

Eine der Formen dieser ideologischen Vorbereitung des Sozialstaatsabbaus war und ist die Bioethik, die ihre philosophische Dimension weit in den politischen Bereich auszudehnen verstand. Und es waren Menschen mit Behinderungen – erinnert sei beispielsweise an unsern Genossen Franz Christoph –, die zuerst Alarm schlugen: Wir warnten vor einer Gefahr, die uns zwar zuerst, in der Folge aber sehr viel breitere Bevölkerungskreise bedroht. Der moderne Sozialdarwinismus kommt mit kalten Kosten-Nutzen-Rechnungen daher.

Obwohl sich die PDS in der bioethikkritischen Bewegung durchaus einen guten Namen erarbeitete, müssen wir selbstkritisch konstatieren, daß es uns nicht gelang, vor dieser Gefahr mit hinreichendem Nachdruck zu warnen. Es ist eben auch in der PDS nur eine kleine Minderheit, die sich ernsthaft mit diesen Fragen auseinandersetzt. Also konnten wir – schon im ideologischen Vorfeld des jetzigen Sozialabbaus – nicht einmal die Kraft der ganzen PDS in die Waagschale der Abwehrkräfte werfen.

Umso wichtiger ist es, wenigstens jetzt – da das Kind schon in den Brunnen fiel, wie der Volksmund so sagt – all unsere Kraft, unsere Erfahrung, auch Kreativität und ggf. Witz einzusetzen, um Widerstand zu leisten.

Ja. Ich meine, es ist eine Zeit der Verteidigung. Nicht des Aufbaus neuer Fortschritte. Heute ist die Verteidigung erreichter sozialer, demokratischer und politischer

Standards die wichtigste Aufgabe. Das klingt ernüchternd. Ja, mager. Und ich gebe zu, daß mich diese Lageeinschätzung in keiner Weise erfreut. Aber ich halte sie für realistisch. Dabei stütze ich mich auf vielfältige Erfahrungen, die mir – und vielen von Euch – in der alltäglichen Selbsthilfearbeit der Behindertenbewegung zufließen.

Verteidigung des Erreichten mit Visionen verbinden

Auch ich schmiedete lieber große Pläne für den weiteren Ausbau einer entwickelten, friedlichen, solidarischen, sozialen, ökologischen, kinder-, alten-, behindertenfreundlichen und barrierefreien Welt. Doch – so sehr mich/uns das schmerzt – wir haben sie (noch längst) nicht. Und – fast schlimmer noch – sie steht auch nicht unmittelbar auf der Tagesordnung.

Dennoch wollen – und werden! – wir dieses gesellschaftliche Ziel nicht aus den Augen verlieren. Unsern Abwehrkampf gegen rabiaten Sozialraub verbinden wir mit der Entwicklung alternativer Vorstellungen. Und zwar solcher, die bereits heute – im Schoße des Kapitalismus also – eingeleitet werden könn(t)en.

Deshalb schlage ich vor, daß wir von dieser 4. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS aus der Gesamtpartei den Vorschlag unterbreiten, zwei wichtige Anregungen aus der Behindertenbewegung aufzugreifen. Ich meine, daß es einer sozialistischen Partei gut ansteht, klar zu sagen, was sie unter Diskriminierung versteht und wie sie die Diskriminierer bestrafen will. Und zweitens sollten wir klar sagen, daß eine gesellschaftliche Perspektive nur eröffnet werden kann, wenn behinderungsbedingte Nachteile bedarfsdeckend ausgeglichen werden.

Ein Vorschlag, der Diskriminierung definiert, Diskriminierer benennbar und Strafen möglich macht, könnte sein:

"(1) Diskriminierungen sind jede Verhaltensweise, Maßnahme oder Struktur, die Menschen in ihrer Persönlichkeitsentfaltung und/oder der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränkt oder sie erschwert und/oder die persönlichkeitsverletzend, würdebetrübend oder ehrabschneidend wirken. Diese Tatbestände sind insbesondere dann gegeben, wenn die Verhaltensweisen, Maßnahmen oder Strukturen sich auf Rasse, Religion, Herkunft, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung beziehen oder auswirken.

(2) Personen, die solche Verhaltensweisen an den Tag legen, Maßnahmen veranlassen oder durchführen oder Strukturen schaffen bzw. ihre Beseitigung verhindern, sind zivil-, verwaltungs- und/oder strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

(3) Diskriminierungen i.S.d.G. werden mit Freiheitsstrafe zwischen einem und drei Jahren und ggf. Geldstrafen bis zu 500.000 Euro geahndet. Im Verwaltungsrecht können Beförderungsaussetzung, Versetzung in eine niedrigere Besoldungs- oder Gehaltsgruppe und in besonders schweren Fällen auch fristlose Entlassung oder unehrenhaftes Ausscheiden aus dem Beamtenstatus erfolgen. Zivilrechtlich besteht Anspruch auf Schadenersatz und/oder eine dem Schmerzensgeld analoge einmalige Geldsumme zwischen 20.000 und 100.000 Euro."

In Bezug auf den bedarfsdeckenden Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile können wir uns den im Mai d.J. vom ABiD der Öffentlichkeit übergebenen Eckpunkten für ein Nachteilsausgleichsgesetz mit Assistenzsicherungscharakter (NAGAS) anschließen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mir wurde der Auftrag erteilt, hier unter dem Motto "sozial und solidarisch" über PDS-Behindertenpolitik als Multiplikator zu reden. Was also ist die Multiplikatoren-Funktion unserer Behindertenpolitik?

Alltagsbedingungen verbessern

Ich sehe da drei Richtungen. Zum einen die bereits erwähnte große Anzahl Betroffener. Wenn es uns – der PDS – gelingt, für diese Menschen nicht nur Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen zu verhindern, sondern ihnen sogar eine realistische Alternative für spürbare Verbesserungen zu eröffnen, haben wir schon einiges erreicht. Was wäre eine sozialistische Partei, der die sogenannten "Schwachen" nicht am Herzen lägen?

Ressortübergreifender Politikansatz

Zum zweiten gehen von unserem Politikansatz, der eben alle Politikfelder umfaßt und nicht in ein Ressort zu pressen ist, inspirierende Impulse für jede humanistische und demokratische Politik aus. Indem wir die Ganzheitlichkeit jedes einzelnen Menschen und seine/ihre Eingebundenheit in ein konkretes soziales Umfeld im Auge haben, bieten wir auch anderen gesellschaftlichen Gruppen und deren Mitgliedern faßbare Visionen. Wenn wir sagen, daß es Ziel sozialistischer Politik ist (sein muß), auf der individuellen Seite den Weg zur freien *Persönlichkeitsentfaltung* und auf der gesellschaftlichen Seite den zu umfassender *Teilhabemöglichkeit* zu eröffnen, betrifft das viel, viel mehr als "nur" uns Menschen mit Behinderungen. In unserer Situation werden Einschränkungen dieser beiden Grundrechte jedoch besonders kraß wirksam. Also entsteht aus dieser Perspektive ein besonders hoher "Bedarf" an Alternativen. Deren Ausweitung auf andere hat eine multiplizierende Wirkung.

Sozial gerecht heißt, Schwächen ausgleichen

Und drittens halte ich die indirekte Wirkung sozial gerechter Politik für einen sehr wirksamen Multiplikatoren-Faktor. Sozial gerecht heißt ja, Schwächen auszugleichen. Also Ungleichheit ungleich zu behandeln. Das kann auch auf Angehörige solcher Bevölkerungsschichten beruhigend wirken, die sich selbst nicht zu den "Schwachen" zählen. Entweder beruhigt sie das, weil sie eine humanistische Grundhaltung haben und daher Nachteilsausgleiche für richtig halten. Oder es beruhigt sie, weil sie wissen, daß auch ihre Stärke, ihr Wohlstand nicht ein für allemal sicher sind. Also können auch sie damit rechnen, im Notfall nicht ins Bodenlose zu stürzen. Weil wir keine "Randgruppen" kennen. Beides kann starke Motivation sein, diese Bewegung zu unterstützen. Also auch: die PDS zu wählen.